

Bekämpfung häuslicher Gewalt

Resolution des 3. Deutschen Psychotherapeutentages

Die Auswirkungen häuslicher Gewalt gelten weltweit als eines der größten Risiken für die seelische und körperliche Gesundheit von Mädchen und Frauen. Häusliche Gewalt ist Beziehungsgewalt. Die Langzeitfolgen sind überwiegend psychischer Natur. Gewalterfahrungen sind Risikofaktoren für psychische Störungen und Erkrankungen im späteren Lebensalter.

Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge haben ca. 22 % aller Mädchen und Frauen geschlechtsbezogene Gewalt mit Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit erlitten. Die Begleitforschung des Berliner Gesundheitsprojektes zur Erstversorgung der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen zeigte, dass über 1/3 der hilfeschuchenden Frauen, die nach dem 16. Lebensjahr Opfer häuslicher Gewalt geworden waren, schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen aufwiesen und unter behandlungsbedürftigen psychischen Folgen wie Angst, Panikattacken und Depressionen litten. Das Modellprojekt machte deutlich, dass der Beratungs- und Behandlungsbedarf groß ist.

Mit dem Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen legte die Bundesregierung ein umfassendes Konzept für alle Ebenen der Gewaltbekämpfung vor. Dieser Aktionsplan wird in enger Kooperation mit Ländern, Kommunen und anderen Trägern umgesetzt, erfordert aber weiterhin nachhaltiges Engagement und eine Veränderung bzw. Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen.

Das Gesundheitswesen hat bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt eine besondere Verantwortung. Die Delegiertenversammlung sieht dringenden Handlungsbedarf.

Präventive Maßnahmen greifen nur, wenn auch die Täter mit in die Behandlung einbezogen werden. Eine frühzeitige Täterprävention erfordert die Erweiterung kompetenter, entwicklungspsychologisch und psychotherapeutisch gestützter Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und für Familien.

In psychosozialen Beratungseinrichtungen und Institutionen der Erstversorgung sollten neben anderen Berufsgruppen PsychotherapeutInnen mit entsprechender differentialdiagnostischer und therapeutischer Kompetenz arbeiten.

Eine stärkere Kooperation von Psychotherapeuten, medizinischen Behandlungseinrichtungen und psychosozialen Versorgungsangeboten ist unerlässlich.